

Antrag

der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP

Nachfragen zum Artikel „Ein gut versorgter Parlamentarier“

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Tatsachen, die im Artikel „Ein gut versorgter Parlamentarier“ (Stuttgarter Nachrichten vom 08.05.2021 (nachfolgend: „Artikel“) ausgeführt werden, nach Kenntnis der Landesregierung zutreffen, nicht zutreffen beziehungsweise sie hierüber keine Erkenntnisse hat;
2. wie sie die Vorgänge bewertet, die der Artikel aufgreift, insbesondere die Art und Weise des Zustandekommens von Personalentscheidungen im Innenministerium;
3. welche Konsequenzen sie infolge der Berichterstattung zog beziehungsweise zu ziehen gedenkt;
4. weshalb sie es nicht für erforderlich hielt, zu dem Bericht bis zum Datum dieser Antragsstellung (11.05.2021) Position zu beziehen;
5. ob es in ihren Augen ein richtiges Signal ist, ohne auf die Vorwürfe im Artikel auch nur einzugehen oder gar zu entkräften, den Abgeordneten Lorek zwei Tage nach Erscheinen des Artikels zum Staatssekretär im Justizministerium vorzuschlagen;
6. inwieweit der Abgeordnete Lorek offiziell oder inoffiziell in die Entscheidung über die Ernennung von Landespolizeipräsidentin Hinz und Landespolizeiinspekteur Renner eingebunden war, unter Nennung des konkreten Vorgangs, Besprechungsdatums, seiner Gesprächspartner und der besprochenen Themen;
7. über das Bewerbungsverfahren für die Stellen von Landespolizeipräsidentin Hinz und Landespolizeiinspekteur Renner, insbesondere unter Nennung der Stellenbeschreibungen, der Art und Weise der Stellenausschreibung, der Dauer der Stellenausschreibung, der Zahl der Bewerber für die jeweilige Stelle;
8. für den Fall, dass beide / eine der Stellen nicht förmlich ausgeschrieben wurde, wie im Artikel ausgeführt, warum hierauf verzichtet wurde, auch unter Nennung der Rechtsgrundlage für den Verzicht auf die Stellenausschreibung;
9. welche Staatssekretäre es im Justizministerium Baden-Württemberg seit seiner Entstehung gab, einschließlich deren Amtszeit;
10. warum es im Justizministerium nach Jahrzehnten ohne Staatssekretäre ausgerechnet jetzt einen Staatssekretär benötigt;
11. wie viele Mitarbeiter in der bisherigen Abteilung V (Europa, Vertretung des Landes bei der EU sowie Tourismus) tätig waren und künftig im Bereich „Migration“ tätig sein werden.

11.05.2021

Weinmann, Dr. Rülke, Dr. Kern, Haußmann, Goll, Fischer,
Brauer, Scheerer, Heitlinger, Trauschel, Birnstock FDP/DVP

Begründung

Der Artikel „Ein gut versorgter Abgeordneter“ (Stuttgarter Nachrichten vom 08.05.2021) wirft viele Fragen auf, die den Zuständigkeits- und Kenntnisbereich der Landesregierung betreffen und denen mit dem vorliegenden Antrag nachgegangen werden soll. Dies gilt erst Recht im Lichte des Vorschlags des Abgeordneten Lorek für die Position des Staatssekretärs im Justizministerium. Nachdem Thomas Strobl weder in seiner Funktion als Innenminister noch als Landesvorsitzender in Bezug auf den Vorschlag von Herrn Lorek zum Staatssekretär im Justizministerium Stellung genommen hat, ist der vorliegende Antrag zur Aufklärung der offenen Fragen geboten.